

Ministerium blockiert erneut Winterberg-Pläne

Oberbürgermeister Peter Gaffert fordert Bekenntnis der Landesregierung- andernfalls könnte das Projekt vor dem Aus stehen

Neueste bekannt gewordene Planungen des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft und Energie (MULE) sehen eine Erweiterung des bestehenden FFH-Gebietes im Raum Schierke vor. Davon betroffen ist exakt das Planungsgebiet für das Ganzjahres- Erlebnis mit Seilbahn.

Peter Gaffert, Oberbürgermeister der Stadt Wernigerode hat diesen Vorschlag „zur Erweiterung des kohärenten Schutzgebietssystems NATURA 2000 im Bereich Winterberg bei Schierke“ mit großer Verwunderung und völligem Unverständnis zur Kenntnis genommen: *„Diese Planungen stehen diametral dem langjährig verfolgten Ziel der touristischen Entwicklung des Ortes entgegen! Hinzu kommt, dass seit nur wenigen Tagen ein Erlass des MULE die vorvertraglich gesicherten Flächen für Ersatzaufforstungen auf landeseignen Flächen verbietet! Sollte die jetzt erneut vom MULE initiierte Blockadehaltung sowie die Rücknahme der Aufforstungsgenehmigungen die Meinung der Landesregierung widerspiegeln, ist das touristisch so bedeutende Projekt für das Land sowie für den Harz gestorben“, so Peter Gaffert.*

Aus Sicht der Stadt Wernigerode heißt es in der Stellungnahme zur geplanten Erweiterung des Schutzgebietes: Bei Neuausweisungen bzw. Erweiterungen von Schutzgebieten sind andere, so vor allem auch kommunale Interessen zu berücksichtigen, die sich planerisch bereits verfestigt haben. In diesem Fall soll die Unterschutzstellung den Bau des Ganzjahreserlebnisgebietes am Winterberg in Schierke verhindern, der seit Jahren geplant wird und sich zurzeit im Raumordnungsverfahren befindet. Weiterhin laufen seit 2015 das Flächennutzungsplanverfahren und ein Bebauungsplanverfahren der Stadt Wernigerode, die das Ziel der Bergentwicklung abbilden. In Hinblick auf das Ganzjahresprojekt hat es bereits diverse investitionsvorbereitende Maßnahmen gegeben, die teilweise begonnen bzw. bereits beendet sind (Neubau Erschließung Barenberg/Winterberg, Neubau Parkhaus usw.). Eine freiwillige Meldung des Gebietes, die europarechtlich nicht erforderlich ist, wäre ein Verstoß gegen die Planungshoheit der Stadt und gegen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und ist daher rechtswidrig. Die Nationalparkgesetzgebung des Landes Sachsen-Anhalt im Jahr 2001 hat die aktuell beschriebene Fläche bewusst für eine touristische Nutzung der Gemeinde Schierke aus dem damaligen Nationalpark herausgetrennt. Belegbar ist, dass dies mit der klaren Zielvorstellung verbunden war, der legitimen touristischen Entwicklungsmöglichkeit der Gemeinde im Einklang mit den bestehenden naturschutzfachlichen Zwangspunkten durch die Nationalparkausweisung im Jahr 1990 Rechnung zu tragen. Hier wurde quasi gesetzesgleich und einmalig in Sachsen-Anhalt ein Kompromiss gefunden, der eine Normkontrollklage der Gemeinde Schierke gegen das Land Sachsen-Anhalt vermieden hat.

„Mit den Planungen für ein neues FFH Gebiet sowie dem erneuten Versagen der Unterschrift unter vorbereitete Verträge (zur Ersatzaufforstung) durch das MULE bzw. dessen nachgeordneten Einrichtungen kann die Stadt wichtige Voraussetzungen der Antragsstellung bzw. Abarbeitung des Raumordnungsverfahrens nicht erfüllen.

Für mich stellt dieses Verhalten, insbesondere nach der ersten Versagung der Unterschrift zum Waldtausch, die nächste Eskalationsstufe und eine neue Form des Versuches der Verhinderung des Vorhabens durch das MULE und dessen Ministerin dar! Es ist nicht hinnehmbar, dass langjährige Planungen der Stadt und eines Investors vom MULE erneut torpediert werden, indem im laufenden Verfahren zum wiederholten Male die Spielregeln geändert werden.“ so der Oberbürgermeister. Er erwartet binnen kürzester Zeit den Stopp des FFH- Verfahrens durch das MULE sowie die Unterzeichnung der vorbereiteten Verträge sowohl für die Kohärenz- als auch für die Ersatzaufforstungen. *„Eine klare Positionierung der Landesregierung zu diesem touristischen Großvorhaben im Harz ist überfällig, um die begonnenen Verfahren zügig zum Abschluss zu bringen- andernfalls steht diese so wichtige Investition vor dem Aus.“*, so Peter Gaffert abschließend.